INFO

Dezember 2025

AUS DEM GESAMTPERSONALRAT SCHULE BEIM STAATLICHEN SCHULAMT OFFENBACH

Liebe Kolleg:innen,

wir blicken auf ein aktives GEW-Jahr zurück und danken euch herzlich für eure Unterstützung. Wir wünschen erholsame Weihnachtsferien, frohe Festtage und einen guten Start ins neue Jahr. 🎅🎁🍀

Eure GEW-Fraktion

1. GEW warnt: Hessens Sparpolitik verschärft Probleme im Bildungssystem

Die GEW Hessen übt scharfe Kritik an der Haushaltspolitik der Hessischen Landesregierung und ruft zur Unterstützung der Petition für eine auskömmliche Finanzierung des Bildungswesens auf.

…… *mehr dazu auf Seite 2*

MEHR GELD FÜR DIE BILDUNG! Überlastung stoppen und Arbeitszeit reduzieren

Unterzeichne jetzt die Petition und wehre dich gegen die Kürzungen der Landesregierung.

www.gew-hessen-aktiv.de

2. GEW protestierte vor dem Rathaus Offenbach für einen guten Ganztag

Rund 80 Lehrkräfte, Eltern, Schüler:innen sowie Vertreter:innen aus Politik und Zivilgesellschaft hatten sich am 01.10.2025 vor dem Offenbacher Rathaus versammelt, um auf die Defizite bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026/27 aufmerksam zu machen.

…… *mehr dazu auf Seite 3*

3. Forderung nach modernen Dienstgeräten

In einer aktuellen Resolution zum Thema Dienstgeräte fordern Lehrkräfte aus der Stadt und dem Kreis Offenbach dringend eine zeitgemäße digitale Ausstattung.

…… *mehr dazu auf Seite 4*

4. Freistellungsmöglichkeiten zur Betreuung erkrankter Kinder

Ärztliche Atteste sind erst ab mehr als drei Kalendertagen Abwesenheit vorzulegen.

…… mehr dazu auf Seite 4

5. „Angehende Lehrkräfte sind stark überlastet“ - Neue Umfrage der GEW Hessen zeigt dramatische Belastung im Vorbereitungsdienst

Eine aktuelle Umfrage der GEW Hessen offenbart erhebliche Überlastungen unter Referendar:innen in Hessen.

…… mehr dazu auf Seite 5

6. Termine

…… *mehr dazu auf Seite 6*

Kontakt

Aktuelle Informationen zu Bildungspolitik u. Gewerkschaftsthemen findet ihr hier: www.gew-offenbach.de

Kontakt zum Gesamtpersonalrat: GPRS.SSA.Offenbach@kultus.hessen.de

Verantwortlich für Info: Alexander Pohlit (a.pohlit@gew-offenbach.de)

1. GEW warnt: Hessens Sparpolitik verschärft Probleme im Bildungssystem

Die GEW Hessen übt scharfe Kritik an der Haushaltspolitik der Hessischen Landesregierung. Nach Ansicht der Bildungsgewerkschaft verschärfen die geplanten Einsparungen im Bildungssektor die bereits bestehenden Probleme – statt Lösungen zu schaffen, würden die Missstände weiter verschlimmert.

„Kürzungen im Bildungsbereich treffen vor allem die Kinder. Gute Bildung braucht Personal, Material und Zeit. Statt zu sparen, muss in kleinere Klassen, gut ausgebildete Lehrkräfte und moderne Ausstattung investiert werden“ (Katja Wommer, Mitglied des GPRS und Lehrerin an der Grundschule Buchenbusch).

In nahezu allen Bereichen des hessischen Bildungssystems fehlen Fachkräfte. Gleichzeitig besteht ein erheblicher Investitionsbedarf: Viele Schulen, Kitas und Hochschulen sind baulich und technisch nicht mehr auf dem Stand, der für gute Bildung notwendig wäre. Trotz vollmundiger Versprechen im Wahlkampf, die Unterfinanzierung im Bildungssystem zu beenden, sieht die GEW Hessen die Entwicklung nun in die gegenteilige Richtung gehen.

Der Landesvorsitzende der GEW Hessen, Thilo Hartmann, verweist insbesondere auf den alarmierenden Lehrkräftemangel: „Die Landesregierung betreibt mit ihrer Politik Realitätsverweigerung. Obwohl mittlerweile fast 10.000 Lehrkräfte ohne Lehramtsabschluss in Hessen unterrichten und obwohl die Zahl der Schüler:innen weiter steigen wird, sind Kürzungen bei der Lehrkräfteausbildung geplant. Das ist vollkommen absurd“, so Hartmann. Er fordert deutlich mehr Investitionen in die Ausbildung neuer Lehrkräfte sowie verbindliche Weiterbildungsangebote für Quereinsteiger:innen. Diese werden bislang häufig nur befristet beschäftigt, obwohl sie voll im Unterricht eingesetzt werden und oft lediglich eine freiwillige Mentor:in zur Seite gestellt bekommen.

Auch an den Hochschulen drohen gravierende Folgen. Durch die geplanten Einsparungen im Rahmen des Hochschulpakts erwartet die GEW einen massiven Personalabbau sowie Einschränkungen im Studienangebot – bis hin zur möglichen Schließung ganzer Studiengänge. Hartmann spricht von einer „*Bildungspolitik mit der Abrissbirne*“.

Für die Gewerkschaft GEW liegt ein wesentlicher Grund der Misere in der Steuerpolitik des Landes. „*Dadurch, dass große Vermögen nicht angemessen besteuert werden, fehlen jährlich rund drei Milliarden Euro. Geld, das dringend benötigt würde, um Personal einzustellen und Kitas, Schulen sowie Hochschulen zu sanieren. So wird Bildungsgerechtigkeit eingeschränkt, nicht gefördert*“, kritisiert Hartmann.

Petition fordert Kurswechsel in der Bildungspolitik

Um Druck auf die Landesregierung auszuüben, ruft die GEW Hessen die Bevölkerung auf, die aktuelle Petition für eine auskömmliche Finanzierung des Bildungswesens zu unterstützen. Die Petition setzt ein starkes Zeichen gegen Kürzungen und für faire Bedingungen für Lernende und Lehrende.

👉 Hier zur Petition: www.gew-hessen-aktiv.de

Die GEW hofft, dass möglichst viele Bürger:innen das Anliegen unterstützen – damit Hessen nicht weiter an der Bildung spart, sondern endlich in die Zukunft investiert.

2. GEW protestierte vor dem Rathaus Offenbach für einen guten Ganztag

Rund 80 Lehrkräfte, Eltern, Schüler:innen sowie Vertreter:innen aus Politik und Zivilgesellschaft versammelten sich am 01.10.2025 vor dem Offenbacher Rathaus, um auf die Defizite bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026/27 aufmerksam zu machen. Trotz eines S-Bahnausfalls folgten viele dem Aufruf der GEW-Kreisverbände Offenbach-Stadt und Offenbach-Land. Unter dem Motto „Für einen guten Ganztag“ kritisierten die Teilnehmenden vor allem den Mangel an Personal, fehlende Räume und unklare Finanzierungszusagen. Eine symbolische Baustelle verdeutlichte zusätzlich die zahlreichen „Baustellen“ des Bildungssystems.

Kirsten Schultheis-Schauer, Grundschullehrerin und GEW-Kreisvorsitzende, warnte in ihrer Rede vor einem rein formalen Ganztagsanspruch ohne Substanz. „Wir befürworten ein Anrecht auf Ganztagsbetreuung, aber wo sind die Räume, wo die Fachkräfte, wo die Mittel?“, fragte sie. Sie befürchtete, dass der gesetzlich verankerte Anspruch zu einem „bildungspolitischen Feigenblatt“ werden könnte, wenn Schulen weiterhin aus allen Nähten platzten und Fachpersonal abwanderte. Die GEW forderte daher deutliche Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen, verbindliche pädagogische Qualitätsstandards, bessere Arbeitsbedingungen und eine stärkere Einbindung der Schulen in die Umsetzung.

Politische Unterstützung erhielt die Kundgebung unter anderem vom Offenbacher Oberbürgermeister Felix Schwenke. Er wies erneut auf den schlechten baulichen Zustand vieler Schulen hin. Zwar habe die Stadt bereits 650 Millionen Euro investiert, doch weitere 100 Millionen würden benötigt, um Gebäude ganztagsgerecht auszustatten. „Wie auf jeder Baustelle tragen viele Verantwortung – auch die Stadt“, betonte Schwenke und kündigte gemeinsames Handeln an.

Auch die Schüler:innenvertretung war vertreten. Stadtschulsprecher Luca Dobrindt forderte ein Ende von „Flickenteppichen und Finanztricksereien“ und warnte vor großen Qualitätsunterschieden zwischen Kommunen. Die Linken-Vorsitzende Gizem Erinç-Çiftçi hob Ganztagsangebote als Voraussetzung für Bildungsgerechtigkeit hervor, jedoch kritisierte sie gleichzeitig die Kürzungen der Landesregierung. Stadtelternsprecher Stefan Marx rief zu einem „gemeinsamen Kampf“ für Qualität und Chancengleichheit auf.

Zum Abschluss betonte die GEW: „Einen guten Ganztag gibt es nicht zum Nulltarif.“ Ohne ausreichende Vorbereitung drohte der Rechtsanspruch zur bloßen Verwahrung zu verkommen. Ab August 2026 sollen bundesweit alle Erstklässler:innen Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben – doch in Hessen fehlten vielerorts weiterhin Räume, Personal und Planungssicherheit. Auch im Jahr 2026 wird sich die GEW mit Aktionen für einen „guten Ganztag“ stark machen.

3. Forderung nach modernen Dienstgeräten

In einer aktuellen Resolution zum Thema Dienstgeräte fordern Lehrkräfte aus der Stadt und dem Kreis Offenbach dringend eine zeitgemäße digitale Ausstattung. Der Appell kommt nicht von ungefähr: Ein großer Teil der Lehrkräfte sieht sich weiterhin gezwungen, private Laptops oder Tablets für den Unterricht zu nutzen.

Die derzeitig gestellte technische Ausstattung der Lehrkräfte ist schlicht veraltet. Die Geräte, die während der Corona-Pandemie im Rahmen des DigitalPakts 1 als Leihgeräte ausgegeben wurden, sind heute vielfach defekt und nicht mehr zeitgemäß. Ersatz gebe es kaum oder gar nicht – ein Zustand, der den digitalen Unterricht erheblich behindere. Die Forderung der Lehrkräfte ist klar: Sie verlangen vom Hessischen Kultusministerium, endlich „Dienstgeräte, die aktuellen Ansprüchen genügen“ bereitzustellen – inklusive Support, Wartung und Ersatz.

Die Resolution betont, dass sich die Berufsrealität der Lehrkräfte fundamental verändert habe: E-Mail-Kommunikation, digitale Klassenbücher, interaktive Lernmaterialien und digitale Tafeln seien heute integrale Bestandteile des Schulalltags. Aus Sicht der Lehrkräfte ist das Land daher in der Pflicht: Nicht nur die Anschaffung, sondern auch die langfristige Wartung der Geräte muss gewährleistet sein.

Das Kultusministerium signalisiert zwar Bereitschaft: Seit 2024 ist die Lieferung neuer Geräte in Aussicht gestellt. Mit dem geplanten DigitalPakt 2.0, dessen Umsetzung für 2026 anvisiert wird, könnten zusätzliche Mittel für mobile Endgeräte fließen.

Insgesamt zeigt die Resolution zur Notwendigkeit von dienstlichen Endgeräten eindringlich, dass die Digitalisierung an hessischen Schulen kein bloßes Schlagwort ist, sondern für viele Lehrkräfte eine wesentliche Voraussetzung für modernen und effektiven Unterricht darstellt. Nur wenn Digitalisierung konsequent mit Infrastruktur und Service verknüpft wird, kann das Potenzial digitaler Lehre vollständig ausgeschöpft werden.

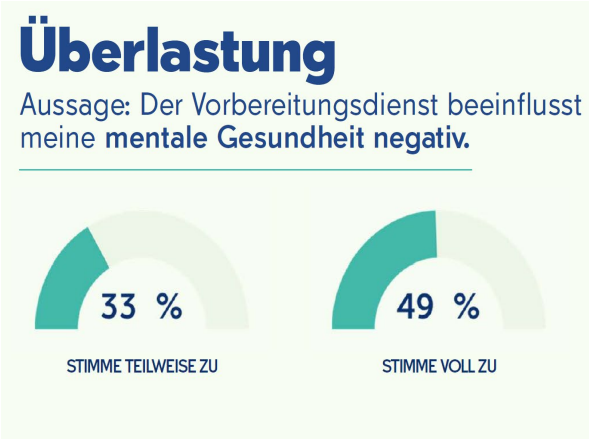
Die Resolution wurde am 12. November an Kultusminister Schwarz gesendet und ist hier nachzulesen:www.www.gew-offenbach.de/home/details/resolution-dienstgeraete . Auch die Frankfurter Rundschau berichtete darüber: www.fr.de/rhein-main/offenbach/lehrkraefte-in-hessen-fordern-neue-dienst-laptops-fuer-den-unterricht-94045614.htm

4. Freistellungsmöglichkeiten zur Betreuung erkrankter Kinder

Bei der Freistellung zur Betreuung eines erkrankten Kindes sind Beamt:innen inzwischen den Arbeitnehmer:innen gleichgestellt. Daher empfiehlt das Ministerium bereits seit April 2025, ein ärztliches Attest erst bei Abwesenheitszeiten vorzulegen, die länger als drei Kalendertage andauern.

Unverändert bleibt die Pflicht, die notwendige Dienstbefreiung zu beantragen sowie die Einhaltung der maximalen Abwesenheitszeiten zur Kinderbetreuung pro Jahr zu beachten (12 Tage pro Kind und Kalenderjahr; 28 Tage bei mehreren Kindern; jeweils der doppelte Umfang für Alleinerziehende). Diese Erleichterung für Eltern, Praxen und Personalverwaltungen begrüßen wir sehr.

5. „Angehende Lehrkräfte sind stark überlastet“ - Neue Umfrage der GEW Hessen zeigt dramatische Belastung im Vorbereitungsdienst



Eine aktuelle Umfrage der GEW Hessen offenbart erhebliche Überlastungen unter Referendar:innen in Hessen. Von Mai bis Juli 2025 nahmen 1.240 angehende Lehrkräfte an der Umfrage teil. Damit repräsentiert die Stichprobe nahezu ein Drittel aller in Hessen ausgebildeten Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst.

Massive körperliche, mentale und emotionale Belastung

Die Ergebnisse sind alarmierend: Über 90 Prozent der Befragten gaben an, körperlich und emotional erschöpft zu sein; 82 Prozent berichteten von negativen Auswirkungen auf ihre mentale Gesundheit.

Viele beklagen eine hohe Wochenarbeitszeit — neben Unterricht, Vor- und Nachbereitung sowie häufigen Vertretungsstunden — und sehen kaum Raum für Erholung oder soziale Kontakte.

Kürzungspläne verschärfen Lage weiter

Zeitgleich mit der Umfrage steht die Planung einer deutlichen Verkürzung des Vorbereitungsdienstes von bisher 21 auf nur 18 Monate zur Debatte — ohne dass Ausbildungsumfang oder Stundenzahl reduziert werden sollen. Zudem sollen in Zukunft mehr Nachwuchslehrkräfte je Ausbilder:in betreut werden. Laut GEW Hessen würden diese Sparmaßnahmen die Arbeitsverdichtung weiter verschärfen und die Qualität der Lehrkräfteausbildung gefährden.

Kritik an Politik — Forderung nach Entlastung und Qualitätssicherung

Der Vorsitzende der GEW Hessen, Thilo Hartmann, warnt eindringlich: „Wer an der Ausbildung spare, riskiere nicht nur die Gesundheit angehender Lehrkräfte, sondern auch die Zukunft der Schulen in Hessen. Eine fundierte Ausbildung brauche Zeit, verlässliche Betreuung und tragfähige Rahmenbedingungen — nicht weniger davon“. Die GEW fordert daher eine Rücknahme der geplanten Kürzungen und stattdessen eine verstärkte Investition in die Lehrkräftebildung. Diese neue Studie der GEW Hessen legt offen: Der Vorbereitungsdienst bedeutet für viele angehende Lehrkräfte aktuell eine erhebliche Belastung — und ohne politische Veränderungen drohen weitere Verschlechterungen bei Ausbildung und Gesundheit.

7. Termine

28.01.2026 **Einstiegsschulung für neu gewählte Schulpersonalräte im Schulamtsbezirk Offenbach**
10:30 -16:00 Uhr in Dietzenbach (Capitol)

12.02.2026 **Endspurt Pensionierung und Beamtenversorgung**
10:30 -16:00 Uhr in Dietzenbach (Capitol)
Exklusiv für Mitglieder des GEW Offenbach Land
Anmeldung per Mail an anmeldung@lea-bildung.de bis 12.01.2026

27.02.2026 **1. Tarifverhandlungsrunde TV-H**
nachmittags in Wiesbaden. Weitere Infos folgen.

04.03.2026 **Aufbauschulung für Schulpersonalräte im Schulamtsbezirk Offenbach**
10:30 -16:00 Uhr in Dietzenbach (Capitol)

04.03.2026 **Mitgliederversammlung GEW Offenbach Land**
Einladung erfolgt per Mail

29.04.2026 **GEW-Vertrauensleute-Treffen für Kreis Offenbach**
18:00 Uhr (Ort wird noch bekannt gegeben)
Einladung erfolgt per Mail